

QUARTALSBERICHT

Projektland: Israel / Palästinensische Gebiete

Quartal/Jahr: III/2012

SCHLAGZEILEN

1. Deutlicher Anstieg von Siedlergewalt im Westjordanland
2. Ägypten erhöht Militärpräsenz auf der Sinai-Halbinsel
3. Wirtschaftliche Krise befeuert den Protest gegen die Palästinensische Führung

Deutlicher Anstieg von Siedlergewalt im Westjordanland

Im Juli veröffentlichte der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte zusammen mit der palästinensischen NGO Al-Haq und den israelischen NGOs Yesh Din und B'Tselem die aktuellsten Statistiken zur Siedlergewalt in den israelisch besetzten Gebieten. Während es 2009 noch 168 Angriffe auf Menschen und Eigentum gab, waren es 2011 bereits 411. In der ersten Jahreshälfte 2012 wurden bereits 154 Attacken registriert, welche aber bis Jahresende das Vorjahresniveau noch weit übertreffen könnten, sollte der sprunghafte Anstieg der Gewalt im August für das restliche Jahr fortbestehen. Besonders in den letzten Monaten hat die Räumung einiger illegaler Siedlungen zu einem deutlichen Anstieg der Siedlergewalt geführt.

Von den knapp 500.000 jüdischen Bewohnern des Westjordanlandes lebt die Mehrheit um Jerusalem und in den israelischen Siedlungsblöcken nahe der Grünen Linie. Ein Großteil der Gewalt geht jedoch von radikalen Siedlern aus, die tief im Westjordanland in kleinen Außenposten leben, die zumeist auf privaten palästinensischen Grund errichtet wurden. Die Gewalt dieser Gruppe richtet sich nicht nur gegen ihre palästinensischen Nachbarn, sondern immer häufiger auch gegen das israelische Militär und israelische Friedensaktivisten. Ein propagandistischer Ausdruck der Gewalt zeigt sich durch so genannte „Price Tag“-Attacken. Bei diesen Aktionen werden Autos, Häuser und Eigentum von Siedlungsgegnern mit Graffiti besprüht, die rassistische oder einschüchternde Botschaften enthalten. Sie lösen bei den Betroffenen ein permanentes Gefühl der Unsicherheit aus. Meist sind diese Attacken Bestandteil einer größeren

Gewaltaktion mit Sachbeschädigung palästinensischen und israelisch-arabischen Eigentums.

Im Fokus der Auseinandersetzung standen in den letzten Monaten die Siedlungen Migron und Ulpana. Migron, 14 km nördlich von Jerusalem, und Ulpana, Teil der Siedlung Beit El in der Nähe von Ramallah, waren nicht nur nach internationalem Recht illegal, wie alle israelischen Siedlungen hinter der Grenze von 1967, sondern auch nach israelischem Recht. Beide wurden auf Privatland von palästinensischen Anwohnern ohne Baugenehmigungen errichtet. Der Oberste Gerichtshof forderte schon im August 2011 die Räumung von Migron durch die Regierung. Ein ums andere Mal wurde die Räumung verschoben, um doch noch adäquate rechtliche Mittel gegen die Gerichtshofentscheidung zu finden. Als Ende Juni 2012 die Räumung Ulpanas begann, folgten zahlreiche Angriffe von radikalen Siedlern auf Palästinenser und israelische Soldaten. Dutzende Jugendliche blockierten eine Straße nahe der zu räumenden Siedlung Ulpana. Nach Auseinandersetzungen mit der Grenzpolizei zogen die Jugendlichen vor den nahe gelegenen Militärstützpunkt der „Ephraim Spatial Brigade“.

Für die Räumung der Siedlung Migron setzte der Oberste Gerichtshof die Frist auf den 12. September 2012. Anschließend nahm die Intensität der Auseinandersetzung stark zu. Anfang August wurden acht Palästinenser verletzt, als ihr Bus von radikalen Siedlern mit Steinen beworfen wurde. Am 16. August wurde im südlichen Westjordanland ein Brandsatz auf ein palästinensisches Taxi geworfen, wobei sechs Familienmitglieder verletzt wurden. Dass die Attacken in klarem Zusammenhang mit der bevorstehenden Räumung standen, bewies ein Anschlag am 29. August nahe Ramallah. Nachts wurde ein Fahrzeug in Brand gesteckt und „Price Tag“ Graffiti an umliegende Wände gesprüht. Dort und anderswo tauchte immer wieder der Name „Migron“ an Wänden und Fahrzeugen auf.

Sogar Premierminister Netanjahu zog den Zorn der extremistischen Siedler und deren Unterstützer auf sich, obwohl er sich lange für den Erhalt Migrons und gegen die Umsetzung des Richterspruches eingesetzt hatte. So warnte der Oberrabbiner von Samaria in einer viel beachteten Rede in der Hurva-Synagoge in der Jerusalemer Altstadt vor einer Räumung der Siedlung Migron in drastischen Worten: „Wer auch immer seine Hand gegen Migron erhebt, dem wird sie abgehackt, das sollte der Premierminister wissen“. Solche öffentlichen Drohungen, von einem einflussreichen religiösen Führer gegen den Premierminister zeugen von der wieder aufflammenden Radikalität in manchen siedlungsnahen religiösen Kreisen.

Viele Beobachter erinnern solche und ähnliche Botschaften an die Rhetorik nationalreligiöser Führer in den 1990er Jahren. So wurde gegen Premierminister Yitzhak Rabin während des Oslo-Prozesses in deutlicher Weise gehetzt. Über Monate hinweg wurde Rabin als Verräter des jüdischen Volkes und als Gefahr für Erez Israel (Land Israel) porträtiert. Rabin wurde am 4. November 1995 nach einer Friedenskundgebung in Tel-Aviv von einem israelischen Rechtsextremen

ermordet, der bei seiner Vernehmung die diffamierende und fundamentalistische Darstellung Rabins als reale Gefahr betrachtete und als Motivation für seinen Anschlag nannte.

Die endgültige Räumung Migrons am 2. September verlief wider Erwarten friedlich. Zwar schäumte ein Knessetmitglied der National Union, der gegen die Räumung demonstrierte, über das ehrlose Verhalten der verbliebenen Siedlerfamilien und zürnte gegen die kampflöse Aufgabe der Siedlung. Die Siedler ließen sich jedoch zumeist widerstandslos in die nahegelegene Siedlung Ofra bringen. Dort werden sie bis zur Fertigstellung ihrer neuen Siedlung in Givat Hayekev, nur zwei Kilometer vom alten Migron entfernt, untergebracht.

Viele radikale Siedler befürchten nun, dass der Oberste Gerichtshof weitere Räumungen anordnen könnte. Die Bewohner der illegalen Außenposten Amona und Givat Assaf, beide in der Umgebung von Ramallah gelegen, haben nach der Räumung Migrons umgehend verkündet, dass sie niemals kampflös gehen werden. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass kommende Räumungsversuche von radikalen Siedlern wahrscheinlich mit Gewalt beantwortet werden.

Ägypten erhöht Militärpräsenz auf der Sinai-Halbinsel

Am 5. August überfielen islamistische Extremisten einen Militärposten der ägyptischen Armee auf der Sinai-Halbinsel nahe der israelischen Grenze und töteten dabei 16 ägyptische Soldaten. Erst als die Terroristen mit einem gestohlenen Militärfahrzeug den Grenzzaun zu Israel durchbrachen, konnte ein israelisches Kampfflugzeug sie stoppen. Es war der Auftakt einer ganzen Serie von Angriffen gegen ägyptische Sicherheitskräfte auf dem Sinai, wobei der Fokus auf der Provinzhauptstadt Al-Arisch im Norden und im Grenzgebiet zu Gaza und Israel lag. Die Bewohner der Halbinsel, teilweise nomadisch lebende Beduine, klagten seit dem Sturz des Diktators Mubarak über mangelnde Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte in der Region. Sie sahen sich darin bestätigt, von der Zentralregierung systematisch vernachlässigt zu werden. Die Auswirkungen der instabilen Sicherheitslage bekam zunächst vor allem Ägyptens Nachbar Israel zu spüren, der schon letztes Jahr den Sinai als neues Rückzugsgebiet für Dschihadisten und von der Hamas unterdrückte palästinensische Freischärler bezeichnete.

Der im Juni neu gewählte ägyptische Präsident Mursi geriet durch die zunehmenden Angriffe unter innenpolitischen Druck. Tausende Demonstranten in Kairo und anderen Städten des Landes forderten unmittelbar nach den Anschlügen Vergeltung für die getöteten Soldaten. Gleichzeitig musste Mursi nach der überraschenden Entlassung der ranghöchsten militärischen Kader unter Beweis stellen, dass auch er mit harter Hand gegen Unruhestifter vorgehen konnte. Was folgte war die größte Militäraktion Ägyptens auf dem Sinai seit dem Jom-Kippur-Krieg 1973. Unterstützt von Panzern und Kampfflugzeugen rückten am 20. August mehrere Tausend Soldaten auf den Sinai vor, um die Sicherheit auf der Halbinsel wieder herzustellen. Der Militäreinsatz stellte eine grobe Verletzung des

ägyptisch-israelischen Friedensvertrags von 1979 dar, welcher die Sinai-Halbinsel zu einer nahezu entmilitarisierten Zone erklärte und schweres Kriegsgerät komplett verbot. Israel gab zwar sein stillschweigendes Einverständnis für eine kurzfristige ägyptische Truppenstationierung, doch beäugte es misstrauisch jede militärische Bewegung an seiner Grenze zu Ägypten.

Der Friedensvertrag mit der darin verankerten Entmilitarisierung der Halbinsel ist bis heute eine tragende Säule der israelischen Sicherheitsarchitektur. Der Abschluss des Friedensvertrags zwischen Menachem Begin und Anwar al-Sadat 1979 erreichte die Herauslösung des stärksten und bevölkerungsreichsten Anrainerstaates aus der antiisraelischen arabischen Front und beendete ein für alle Mal die ständige Bürde des Mehrfrontenkrieges für Israel. Der Kernbestandteil des Abkommens, die Rückgabe der Sinai-Halbinsel mit der Räumung aller Siedlungen, war lange Zeit in Israel heftig umstritten. Ausgerechnet der erste rechte Premierminister in der Geschichte Israels, Menachem Begin, unterstützte schließlich das Prinzip „Land für Frieden“. Die Auflösung aller dortigen Siedlungen und die gewalttätige Evakuierung der 3000 Siedler von Yamit gaben einen Vorgeschmack auf kommende gewaltsame Auseinandersetzungen bei Evakuierungen von Siedlungen, wie in Gaza 2005 und Amona 2006. Sein ägyptischer Counterpart Anwar al-Sadat hatte mit ungleich schwereren Vorwürfen des Verrats zu kämpfen und erlebte eine zunehmende Isolierung in der arabischen Welt. Er bezahlte das Abkommen 1981 schließlich mit seinem Leben, als radikale Islamisten ihn während einer Militärparade in Kairo ermordeten. Sein Nachfolger Husni Mubarak hielt am Friedensvertrag fest und galt als Garant für den Status Quo an Israels südlicher Grenze. Sein Verlust war insbesondere in Sicherheitskreisen gleichgesetzt worden mit dem Ende des Friedensabkommens. Israel nahm daher von Anfang an eine durchweg reservierte Haltung gegenüber der Aufstandsbewegung in Ägypten ein und sah mit dem Sieg islamistischer Parteien bei der ersten freien Wahl in Ägypten im Juni seine schlimmsten Befürchtungen bestätigt.

Andererseits erforderte das Machtvakuum auf der Sinai-Halbinsel mit der damit verbundenen Bedrohung für Israel dringenden Handlungsbedarf. Zahlreiche grenznahe Anschläge seit dem Aufstand gegen die Regierung von Mubarak 2011 verdeutlichen dies. Für Bestürzung sorgte besonders ein Vorfall am 18. August 2011. Terroristen des „Volkswiderstandskomitees“ überschritten die ägyptisch-israelische Grenze bei Eilat und griffen zivile Fahrzeuge auf dem grenznahen Highway 12 mit Granaten und Maschinengewehren an. Sechs Zivilisten kamen dabei ums Leben. Ein weiterer Beweis dafür wie illusorisch die Vorstellung Israels war, dass eine einseitigen Abschottung durch den seit 2010 im Bau befindlichen Sicherheitszaun an der Grenze möglich wäre.

Die Angst vor einer starken ägyptischen Militärpräsenz auf dem Sinai wurde weiterhin durch die israelische Furcht vor einem iranischen Atomwaffenprogramm angefacht. Die Wahrscheinlichkeit einer Annäherung Ägyptens an Iran ist jedenfalls nach der Teilnahme von Präsident Mursi an der Gipfelkonferenz der Blockfreien Staaten in Teheran Ende August deutlich gesunken. Zur großen

Überraschung zahlreicher Beobachter schlug Mursi die Handreichung des iranischen Präsident Ahmadinedschad durch seine scharfe Kritik an der iranischen Unterstützung der syrischen Regierung publikumswirksam aus. Mursi erneuerte darüber hinaus den langanhaltenden Ruf seines Landes nach einem „atomwaffenfreien Mittleren Osten“. Das Verhältnis zu Teheran bleibt damit vorerst distanziert. Mursi unterließ es auch nicht, seine Vertragstreue gegenüber Israel zu betonen, zuletzt am 9. September gegenüber einer amerikanischen Wirtschaftsdelegation. Ein zusätzliches Zeichen der Entspannung sendete Kairo Ende August durch die Neubesetzung des seit einem Jahr unbesetzten Postens des Botschafters in Israel mit dem Berufsdiplomaten Atef Salem.

In gemeinsamer Abstimmung mit Israel verlief nach ägyptischen Angaben auch die Offensive auf dem Sinai. Kairo vermeldete zwar bis Mitte September 32 getötete Militante sowie weit über 30 Verhaftungen und proklamierte einen entscheidenden Schlag gegen die Terroristen. Doch viele Experten halten die ägyptischen Erfolge nur für einen Tropfen auf dem heißen Stein, der die verzweigten Strukturen der Extremisten nicht bedeutend schwächen konnte. Ägypten zog bereits Anfang September seine Panzer wieder zurück, um israelische Bedenken bezüglich einer dauerhaften Stationierung zu zerstreuen. Damit bleibt die Sicherheitskooperation zwischen Ägypten und Israel die tragfähigste bilaterale Kooperation zwischen beiden Ländern.

Trotzdem bleibt das israelisch-ägyptische Verhältnis schwierig. Mursi wird zunehmend auch auf die extremeren Strömungen seiner Partei Rücksicht nehmen müssen. Davon abgesehen kann er nicht vollständig den anti-israelischen Grundkonsens innerhalb weiter Teile des ägyptischen Volkes ignorieren, das schon lange eine Annullierung des Friedensvertrages fordert. Die Erstürmung der israelischen Botschaft im Frühjahr 2012 brachte diesen Wunsch zum Ausdruck. Die neuerlichen Gewaltexzesse in der arabischen Welt gegen westliche Einrichtungen lassen auch die Gefahr für israelische und jüdische Einrichtungen enorm anwachsen.

Wirtschaftliche Krise befeuert den Protest gegen die Palästinensische Führung

Ihab Abu Nada, ein 21-jähriger Jugendlicher aus dem Flüchtlingslager Shati im Gazastreifen, übergoss sich am 2. September in Gaza-Stadt mit Benzin und setzte sich anschließend in Brand. Er starb einen Tag später an seinen Verletzungen. Die Selbstverbrennung eines palästinensischen Jugendlichen kann exemplarisch als Ausdruck der Verzweiflung und Perspektivenlosigkeit vieler junger Palästinenser gelten.

Selbstverbrennungen sind seit dem Beginn der arabischen Aufstandsbewegung eine Protestform mit starker politischer Symbolik. Im Dezember 2010 löste die Selbstverbrennung eines jungen Mannes in Tunesien landesweite Massenproteste aus, die schließlich Präsident Zayn Abeddin Ben-Ali nach jahrzehntelanger Herrschaft stürzten. Zwar wählte Abu Nada dieselbe brutale Form des Protestes,

jedoch unterscheiden sich die Ziele seines Handels und die Ziele der gegenwärtigen Proteste der palästinensischen Bevölkerung deutlich von den Motiven des Arabischen Frühlings. Nicht ein Regimewechsel wird derzeit von den aufkeimenden Protesten in der Westbank und im Gaza-Streifen gefordert, sondern vielmehr treibt die prekäre soziale Lage und die traumatischen Folgen der Isolierung Gazas (und zum Teil auch der Westbank) die zumeist jungen Demonstranten auf die Straße.

Am selben Tag noch begannen wütende Taxifahrer in Ramallah aus Protest gegen die gestiegenen Benzinpreise die Hauptstraße nach Al-Bireh für 15 Minuten zu blockieren. Der Funke der beiden Ereignisse sprang in den folgenden Tagen auf die ganze Westbank über. Der Streikaufruf zahlreicher Gewerkschaften fand auch die Unterstützung von Schülern und Studenten, die sich zu Tausenden den Protesten anschlossen. Die Westbank erlebte die größten Massenproteste seit der Intifada. In den großen Städten Jenin, Nablus, Tulkarem, Ramallah, Bethlehem und Hebron gingen die Menschen fast täglich auf die Straße. Doch der Gegner war diesmal nicht die israelische Besatzungsmacht, sondern vielmehr die eigene Regierung, der man die Schuld an den gestiegenen Lebenshaltungskosten gab. In Hebron wurden Puppen mit dem Konterfei von Ministerpräsident Fayyad verbrannt und Slogans gegen Präsident Abbas skandiert. Trotz Straßenschlachten mit palästinensischen Sicherheitskräften und Dutzenden Verletzten schlug die Protestwelle nur punktuell in Gewalt um.

Wie stark der Protest von ökonomischen Argumenten dominiert wurde, zeigt die Forderung nach einer Annullierung oder zumindest einer Modifizierung des Paris-Protokolls zwischen der Autonomiebehörde und dem Staat Israel. Darin wurde 1994 die zukünftige wirtschaftliche Kollaboration auf den Gebieten Arbeit, Handelsbeziehungen, Fiskalangelegenheiten und Währungspolitik beider Partner festgeschrieben. Damals ging die palästinensische Seite davon aus, dass die Überlassung von staatlichen Kompetenzen an Israel lediglich eine Interimslösung darstelle. Der Stillstand im Verhandlungsprozess hat jedoch zu einer dauerhaften Benachteiligung der Autonomiebehörde geführt. So sind Steuerraten in den Autonomiegebieten nicht nur an die israelischen Raten gekoppelt, sondern alle Steuern werden direkt an den Staat Israel abgeführt und von diesem (zum Teil erst nach Nutzung von Sanktionsmöglichkeiten) an die Palästinensische Autonomiebehörde weitergeleitet. Abbas reagierte daher auf die Proteste mit der Ankündigung, das Paris-Protokoll neu verhandeln zu wollen. Dies wurde von der israelischen Regierung umgehend abgelehnt. Zusätzlich befeuert wurden die Proteste durch die Ankündigung von Präsident Abbas, Lohnzahlungen an 154.000 staatliche Angestellte kurzfristig für den Monat September auszusetzen.

Die Weltbank unterstrich die Einschätzung der prekären Fiskallage in ihrem Halbjahresbericht „*Fiscal Crisis, Economic Prospects- The Imperative for Economic Cohesion in the Palestinian Territories*“ vom 19. September. Demnach ist der Ausfall von hunderten Millionen US-Dollar an Entwicklungs- und Spendengelder der Hauptauslöser für den aktuellen finanziellen Engpass der PA. Golfstaaten haben ihre Zuwendungen an Fortschritte im Versöhnungsprozess

zwischen Hamas und Fatah geknüpft. Die USA machen ihre Zahlungen von der Beseitigung undurchsichtiger Praktiken abhängig. Die Europäische Union sprang zwar kurzfristig mit 100 Mio. Euro zusätzlicher Mittel ein und sogar Israel gab lang zugesagte Steuereinnahmen von 63 Mio Dollar zurück, doch wird diese außerordentliche Zuwendung nur kurzfristig eine Atempause verschaffen.

Der Weltbankbericht benennt als stärkstes Hindernis auf dem Weg zu einem nachhaltigen Wachstum die Restriktionen in den C-Gebieten, die rund 60% der Westbank ausmachen. Die meisten natürlichen Ressourcen und landwirtschaftlichen Flächen liegen in diesem Gebiet unter israelischer ziviler und sicherheitlicher Kontrolle. Die ökonomische Erschließung der C-Gebiete ist für Palästinenser aufgrund von Baubeschränkungen praktisch unmöglich. Weiterhin leidet die palästinensische Wirtschaft extrem an der durch das Paris-Protokoll bedingten Koppelung mit dem israelischen Außenhandel.

Dennoch spart der Bericht nicht mit Kritik an der Palästinensischen Autonomiebehörde, die zwar tragfähige Fiskalinstitutionen nach westlichen Vorbild geschaffen habe, aber weiterhin eine zu laxen Steuer- und Einnahmenerhebung verfolge. Die Korruption, die zwar unter der Fayyad-Regierung stark abgenommen habe, sei weiterhin ein großes Hindernis für die ökonomische Entwicklung.

Die finanzielle Notlage und die anhaltenden Proteste der Bevölkerung bedrängen die Palästinensische Autonomiebehörde derzeit von zwei Seiten. Auch für Israel wäre ein Zusammenbruch der PA, die zu einem vertrauenswürdigen Partner in der Sicherheitskooperation geworden ist, nicht folgenlos. Ein kleines Ventil, welches den Druck der Straße ventilieren könnte, öffnet sich am 20. Oktober 2012 bei den erneut angesetzten Kommunalwahlen. Ob der Protest dann die radikal-islamische Hamas in die Stadtverwaltungen der Westbank führt oder ob die Verdrossenheit sich in neuen, vielleicht auch gewalttätigen Protesten entlädt, wird sich im kommenden Monat zeigen – wenn die Wahlen nicht ein weiteres Mal verschoben werden.

Richard Asbeck und Johannes Börmann

R. Asbeck ist Büroleiter, J. Börmann ist Praktikant der Hanns-Seidel-Stiftung in Israel und den Palästinensischen Gebieten

IMPRESSUM

Erstellt: 24.09.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de